

244



2 Wochen
1 Fazit

**BfR kritisiert erneut Menthol.
EU: Minister-Rat stimmt fuer
mehr Nichtraucherschutz.**



1. Zusammenfassung und Trends

Kurzübersicht	Trend	
	<p>Koalition (SPD, FDP, B90/Die Grünen): Das BfR hat seine Stellungnahme von 2021 zu Menthol und anderen Liquid-Stoffen überarbeitet. Menthol wird weiterhin kritisch gesehen. Jedoch spricht das BfR keine Verbotsempfehlung mehr aus. Der Bundesgesundheitsministerium soll laut Medien keine Maßnahmen gegen den illegalen Verkauf von Nikotin-Produkten (an Jugendliche) planen.</p>	
	<p>Opposition (CDU, CSU, Die Linke, BSW): Die Regierungs- und Oppositionsparteien konzentrieren sich auf den Bundestagswahlkampf und die nahende Vertrauensfrage von Kanzler Scholz (SPD) im Bundestag. Die Grünen befassen sich in einer internen Fachtagung weiter mit der E-Zigarette und fordern erneut weitere Regulierungsschritte.</p>	
	<p>Bundesrat, Bundesländer: Bundes- und Landesbehörden haben in NRW und Berlin die bislang größten Funde illegaler E-Zigaretten gemacht. Der Steuerschaden soll Millionenhöhe erreichen. Die mutmaßlichen Täter sollen die Geräte an Jugendliche verkauft haben. Die Bundesländer stimmten für ein Disposableverbot</p>	
	<p>EU, Europa, Übersee: Der Rat der Gesundheitsminister der EU-Staaten hat die Empfehlung zur Ausweitung des Nichtraucher-schutzes angenommen. Deutschland hat sich aufgrund von Unstimmigkeiten zwischen SPD und Grünen enthalten. Mehrere EU-Staaten haben angekündigt, die Ratsempfehlung nicht umsetzen zu wollen. Da vor allem die Bundesländer den Nichtraucher-schutz regeln und gegen die Rats-Empfehlung sind, bleibt abzuwarten, ob es in Deutschland zu Einschränkungen kommen wird.</p>	
	<p>Fachcommunity, Wettbewerb: Im Zuge der Tabak-Kontrollkonferenz kommen erneute Regulierungsforderungen. Im Fokus der Kritik stehen dieses Mal Pouches. Das DKFZ plädiert für die Ausweitung des Nichtraucher-schutzes und höhere Steuern. Die Bundesärztekammer schließt sich u.a. Forderungen nach einem Aromen- und Disposableverbot und Steuererhöhungen an.</p>	
	<p>Medien: Die Medien berichten breit über die EU-Ratsempfehlung zu mehr Nichtraucher-schutz. Ausführlich wird auch über die Verbreitung von Pouches und die aktuellen Funde beim E-Zigaretten-schwarzmarkt berichtet. Weiterhin dominieren kritische Beiträge zur E-Zigarette, die Jugend- und Gesundheitsschutz betonen.</p>	
<p>Legende: Tendenzen in Relation zu den Zielen des BfTG.</p> <p>  Sehr positiv (Belange werden berücksichtigt)  Positiv  Neutral, bzw. Trend ↑ oder ↓  Negativ  Sehr negativ (Krise) </p>		

30

SEKUNDEN FAKTEN

650.000 Stk.

illegale E-Zigaretten wurden vom Zoll in NRW beschlagnahmt.

400.000 Stk.

illegale E-Zigaretten wurden vom Zoll in Berlin beschlagnahmt.

41,4 Prozent

Anteil der Tabak-Stoppversuche in UK, bei denen E-Zigaretten genutzt wurden

53,9 Prozent

Anstieg (2013 → 2024) des Anteils von Tabak-Stoppversuchen in UK mit E-Zigaretten

Quelle: [zoll.de](https://www.zoll.de), [tagesspiegel.de](https://www.tagesspiegel.de), [biomedcentral.com](https://www.biomedcentral.com) (und eigene Berechnung)

Wichtige Inhalte auf einen Blick

- 1) [Harte Schläge gegen den E-Zigaretenschwarzmarkt](#)
- 2) [BfR warnt erneut vor Menthol in E-Zigarettenliquids](#)
- 3) [EU-Fachministerrat für Ausweitung des Nichtraucherschutzes](#)
- 4) [Bundesrat plädiert für Disposableverbot](#)
- 5) [Studie: immer mehr Tabak-Stoppversuche mit E-Zigaretten](#)

1

Anzahl der Sitzungswochen bis zur nächsten Parlamentspause

2. Meldungen

2.1. Bundesregierung und Bundesministerien, nachgelagerte Behörden

Datum: 06.12.2024, 03.12.2024, 02.12.2024,

Meldung: Der Bundesdrogenbeauftragte Burkhard Blienert (SPD) ist für den Erhalt des Verbots von Pouches. Das Bundesgesundheitsministerium lehnt eine Legalisierung von Pouches ab. Konkrete Pläne, etwas gegen deren illegale Verbreitung zu tun, gebe es laut Medien aber nicht.

Quelle: [deutschlandfunk.de](https://www.deutschlandfunk.de), [deutschlandfunk.de](https://www.deutschlandfunk.de), [ardaudiothek.de](https://www.ardaudiothek.de), [brisant.de](https://www.brisant.de)

Datum: 04.12.2024

Meldung: Das *Bundesinstitut für Risikobewertung* (BfR) hat seine kritische Stellungnahme zu Safrol, Sucralose und Menthol vom Dezember 2021 (168) überarbeitet. Das BfR bewertet Menthol erneut kritisch, spricht aber nicht wie 2021 eine direkte Empfehlung für ein Menthol-Verbot aus. Die skeptische Bewertung stützt jedoch die Argumente der Verbotsbefürworter. Das BfR argumentiert gegen Menthol u.a. mit

- Menthol könnte die Attraktivität von E-Zigaretten bei Jugendlichen erhöhen
- Dies wiederum könnte zur Fortsetzung des Konsums und zur Erhöhung der Nikotinmenge führen
- Daten würden nahelegen, dass Menthol würde auch bei E-Zigaretten mit hohem Nikotingehalten den Einstieg in das Dampfen erleichtern (auch wenn es keine Studien dazu gebe!)
- Erhöhte Freisetzung von Mikro- und Submikronpartikeln
- Es könnte der Eindruck eines gesundheitlichen Nutzens von Menthol auch bei der Nutzung mentholhaltiger Liquids erweckt werden

Quelle: [bfr.bund.de](https://www.bfr.bund.de)

2.2. Bundestag und Parteien

Datum: 30.11.2024, 29.11.2024

Meldung: Die Bundestagsabgeordneten Linda Heitmann (Grüne, drogenpolitische Sprecherin) und Renate Künast (Grüne, landwirtschaftspolitische Sprecherin) haben eine Expertenrunde zum Thema E-Zigaretten durchgeführt. Zentrales Thema war dabei der Jugendschutz. Neben Aromen wurden der hohe Nikotingehalt der Produkte sowie das jugendaffine Marketing kritisiert. Die Grünen begrüßen weitere Regulierungen und wollen einen ressortübergreifenden Ansatz der Gesundheits-, Landwirtschafts-, Umwelt- und Verbraucherschutzpolitik verfolgen.

Quelle: [instagram.com](https://www.instagram.com), [renate-kuenast.de](https://www.renate-kuenast.de), [linda-heitmann.de](https://www.linda-heitmann.de)

2.3. Bundesrat und Bundesländer

Datum: 06.12.2024, 26.11.2024

Meldung: Der Zoll hat in NRW 650.000 illegale E-Zigaretten mit einem geschätzten Steuerschaden im Millionenbereich beschlagnahmt. Das gesetzlich begrenzte Tankvolumen soll deutlich überschritten worden sein. Die E-Zigaretten seien mutmaßlich unter Umgehung lebens- und gesundheitsrechtlicher Vorschriften eingeführt worden.

Bei einem weiteren deutschlandweit beachteten Schlag konnten Bundes- und Landesbehörden in Berlin 400.000 unversteuerte und nicht verkehrsfähige Einweg-E-Zigaretten beschlagnahmen. Die Tatverdächtigen sollen die eingeschmuggelten E-Zigaretten mit Hilfe von Werbung in Internetportalen und sozialen Medien vor allem an Jugendliche verkauft haben. Die Berliner Justizsenatorin Felor Badenberg (CDU) und das Zollkriminalamt sprechen von organisierter Kriminalität. Das ZKA sieht dadurch den Jugendschutz gefährdet.

Quelle: [zoll.de](https://www.zoll.de), [wz.de](https://www.wz.de), [zeit.de](https://www.zeit.de), [aachener-zeitung.de](https://www.aachener-zeitung.de), [stern.de](https://www.stern.de), [rp-online.de](https://www.rp-online.de), [berlin.de](https://www.berlin.de), [zoll.de](https://www.zoll.de), [zeit.de](https://www.zeit.de), [stern.de](https://www.stern.de), [faz.net](https://www.faz.net), [borkenerzeitung.de](https://www.borkenerzeitung.de), [tagesspiegel.de](https://www.tagesspiegel.de)

Datum: 02.12.2024, 01.12.2024, 28.12.2024

Meldung: SPD und Grüne im niedersächsischen Landtag wollen mit ihrer Regierungsmehrheit das bestehende Rauchverbot in der Gastronomie u.a. Einrichtungen auf E-Zigaretten ausweiten. Der Federführende Gesundheitsausschuss will dazu die kommunalen Spitzenverbände anhören.

Quelle: [landtag-niedersachsen.de](https://www.landtag-niedersachsen.de), [radio-hannover.de](https://www.radio-hannover.de), [faz.de](https://www.haz.de), [goettinger-tageblatt.de](https://www.goettinger-tageblatt.de), [dieharke.de](https://www.dieharke.de)

Datum: 29.11.2024, 25.11.2024

Meldung: Der Bundesrat plädiert für ein Verbot von Einweg-E-Zigaretten. Die Bundesländer haben sich mehrheitlich für eine entsprechende Änderung des Entwurfs für eine Änderung des Elektro- und Elektronikgesetz (ElektroG) ausgesprochen. Der Gesetzentwurf – und dieser Änderungswunsch der Länder – muss jedoch noch vom Bundestag angenommen werden. Das ist wegen der vorgezogenen Neuwahlen ungewiss. Die NGOs und die Entsorgungsbranche, die sich für das Verbot eingesetzt haben, begrüßen die Entscheidung. Mit [einer Unterschriftenaktion](#) soll nun weiterer Druck aufgebaut werden.

Quelle: [bundesrat.de](https://www.bundesrat.de), [recyclingmagazin.de](https://www.recyclingmagazin.de), [sueddeutsche.de](https://www.sueddeutsche.de)

Aus den Medien

Im Vorlauf der Tabakkontrollkonferenz des DKFZ berichten Medien breit über die Risiken von Pouches und Snus. Auch die Jugendschutzproblematik bei E-Zigaretten und das Marketing mit Künstlern und Influencern bleiben Pressethema. Neben Gesundheitsrisiken durch E-Zigaretten beleuchten Medien auch die Umweltbelastung durch Zigarettenkippen. Auch das Thema Tabak-Entwöhnung wird behandelt, wobei jedoch nur E-Zigaretten skeptiker zu Wort kommen.

Quelle: [welt.de](https://www.welt.de), [spiegel.de](https://www.spiegel.de), [deutschlandfunk.de](https://www.deutschlandfunk.de), [ardaudiothek.de](https://www.ardaudiothek.de), [chip.de](https://www.chip.de), [inforadio.de](https://www.inforadio.de), [deutschlandfunkkultur.de](https://www.deutschlandfunkkultur.de), [lkz.de](https://www.lkz.de), [magdeburger-news.de](https://www.magdeburger-news.de), [abendzeitung-nuernberg.com](https://www.abendzeitung-nuernberg.com), [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de), [br.de](https://www.br.de), [swr.de](https://www.swr.de)

2.4. EU, Europa und Übersee

Datum: 03.12.2024, 02.12.2024, 29.11.2024, 28.11.2024, 26.11.2024

Meldung: Der Ministerrat hat den Vorschlag der EU-Kommission zur Ausweitung des Nicht-raucherschutzes (Report 239ff.) angenommen, der u.a. Konsumverbote im Freien vorsieht.

„Der Vorschlag der Europäischen Kommission ist unverhältnismäßig und berücksichtigt wissenschaftliche Fakten nicht ausreichend. [...] Noch viel schlimmer finde ich aber, dass die Europäische Kommission und offensichtlich auch die Mitgliedstaaten Tabakrauch und den Dampf von E-Zigaretten gleichsetzen. Dass es unter freiem Himmel eine Schädigung durch den Dampf einer E-Zigarette für Dritte gibt, halte ich für nahezu ausgeschlossen. Auf der anderen Seite helfen E-Zigaretten schweren Rauchern von der Zigarette wegzukommen und sie reduzieren dadurch ihr Gesundheitsrisiko um über 95 %. Diesen Menschen dann zu sagen, dass sie auch unter freiem Himmel E-Zigarette nicht nutzen dürfen, geht definitiv zu weit.“
MdEP Peter Liese (CDU), 02.12.2024, peter-liese.de

Mehrere Mitgliedstaaten gaben zu Protokoll, dass sie die Entscheidung nicht in nationale Vorschriften umsetzen wollten. Deutschland enthielt sich aufgrund von Meinungsverschiedenheiten zwischen von der SPD und den Grünen geführten Bundesministerien. Die Bundesregierung verwies auf die Kritik des Bundesrates (Report 243). Der Beschluss des Ministerrates hat zwar keine rechtlich bindende Wirkung. Jedoch ist die Rats-Empfehlung ein relevanter Impuls für die EU-Staaten. Europapolitiker der CDU/CSU kritisierten die Entscheidung.

Zuvor hatte das Europaparlament unter großer medialer Beachtung gegen den Vorschlag für die Rats-Empfehlung gestimmt. Während sich die Fraktion der Sozialdemokraten (S&D) für die Ausweitung des Nichtraucher-schutzes aussprach, positionierten sich verschiedene Fraktionen rund um die EVP-Fraktion (Konservative) gegen weitere Konsumverbote. In Deutschland sprach sich die saarländische Ministerpräsidentin Rehlinger (SPD) gegen den Vorschlag aus. Der Nichtraucher-schutz wird in Deutschland vor allem durch Landesgesetze geregelt. Es bleibt abzuwarten, wie die deutschen Bundesländer die Empfehlung aufgreifen.

Quelle: consilium.europa.eu, ec.europa.eu, video.consilium.europa.eu, spiegel.de, faz.net, aerzteblatt.de, bild.de, peter-liese.de, peter-liese.de, tagesspiegel.de, welt.de, socialistsanddemocrats.eu, clearingtheair.eu, sr.de, rnd.de, tagesschau.de, berliner-zeitung.de, freie-presse.de, stern.de, zeit.de, br.de, radioarabella.de, oz-online.de

Datum: 26.11.2024

Meldung: In Großbritannien rückt ein striktes Tabak-Gesetz näher. Bei der zweiten Lesung im Unterhaus sprach sich eine große Mehrheit für den Entwurf aus. Somit ist die erste Hürde genommen. Die Vorlage sieht ein Tabak-Verkaufsverbot für Personen ab dem Geburtsjahr-gang 2009 vor. Außerdem werden süße E-Zigarettenaromen eingeschränkt und ihre Verpa-ckung neu geregelt, um sie weniger attraktiv für Jugendliche zu machen. Hinzu kommt ein vollständiges Werbe- und Sponsoringverbot. Ein Disposableverbot ist bereits beschlossen.

Quelle: stern.de, wz.de, esslinger-zeitung.de, faz.net

2.5. Fachcommunity

Datum: 05.12.2024, 04.12.2024

Meldung: Der duale Konsum von Tabak- und E-Zigaretten sei kein wirksamer erster Schritt zur Tabak-Entwöhnung, so die Literatur-Studie eines internationalen Teams um Prof. Hane-winkel (IFT-Nord). Vielmehr sei das Gegenteil der Fall. Dual Use könne ein erhebliches Hin-dernis für die Erreichung dieses Ziels darstellen. Ausschließliche Raucher (25 Prozent) bzw.

Dampfer (35 Prozent) wiesen nach 24-48 Monate eine höhere Nikotinabstinenzrate aus als Dual User (24 Prozent).

Quelle: aerztezeitung.de, ersnet.org

The increased rates of vaping by ex-smokers and long-term ex-smokers may be partly attributable to disposable nicotine vapes. The study shows that more people used a vape in a quit attempt at the time disposable vapes became widely available and increased in popularity. This suggests that not only were young people experimenting with disposables, but adults were using them in quit attempts too.“, Prof. C. Notley, (University of East Anglia), sciencemediacentre.org

Datum: 26.11.2026, 21.11.2024,

Meldung: Eine Studie des *University College London* (UCL) untersucht das Dampfverhalten zwischen 2013 und 2024. Der Anteil der Tabak-Stoppversuche mittels E-Zigaretten steigt von 26,9 (2013) auf 41,4 Prozent (2024). 20,4 Prozent der E-Raucher dampfen. Von den Ex-Rauchern, die mindestens ein Jahr abstinent waren, greifen 3,7 Prozent später zur E-Zigarette. Ehemalige Raucher, die dampfen, bleiben deutlich länger Tabak-abstinent als Ex-Raucher, die keine E-Zigaretten konsumieren. Zunahme des Dampfens unter Ex-Rauchern entspreche den Erwartungen der Autoren. Der britische Gesundheits-

dienst rate, nach der Tabak-Entwöhnung nicht abrupt mit dem Dampfen aufzuhören, sondern es schrittweise zu reduzieren, um das Risiko eines Rückfalls zu minimieren, so die Autoren.

Quelle: biomedcentral.com, planetofthevapes.co.uk, sciencemediacentre.org

Datum: 28.11.2024, 26.11.2026, 25.11.2024

Meldung: Die Autoren einer noch nicht veröffentlichten Studie der *University of Arkansas* gehen davon aus, dass Dampfen die Sauerstoffaufnahme der Lungen beeinträchtigt. Zudem werde der Blutfluss in den Arterien verringert. Der Effekt sei bei E-Zigaretten mit und ohne Nikotin zu beobachten. Der Effekt sei bei Dampfern größer als die (Nicht-)Rauchern. Die *American Lung Association* vermutet daher, dass andere Liquid-Inhaltsstoffe als Nikotin die Beeinträchtigungen verursachen.

Quelle: press.rsna.org, cnn.com, phillyvoice.com, prnewswire.com, scitechdaily.com

2.6. Nikotin-Gegner und NGOs

Datum: 04.12.2024, 03.12.2024, 30.11.2024, 29.11.2024, 28.11.2024

Meldung: Im Zuge der diesjährigen Konferenz zur Tabak-Kontrolle fordert das DKFZ die nächste Bundesregierung zu einer verstärkten Tabak-Prävention auf. Es solle ein Umfeld geschaffen werden, das das Nichtrauchen fördert. Das DKFZ plädiert für eine höhere Tabaksteuer und bringt eine Sonderabgabe für Tabak ins Gespräch. Das Zentrum weist auf die hohen Raucherquoten bei Erwachsenen und Jugendlichen sowie den E-Zigarettenkonsum bei Heranwachsenden hin. Das DKFZ wirbt für die Ausweitung von Konsumverboten, wie sie die EU-Kommission vorgeschlagen hat (Abschnitt 2.4). Rauchverbote im Freien würden dazu beitragen, dass weniger Jugendliche anfangen zu rauchen, so Dr. Katrin Schaller. Das DKFZ plädiert auch für die Einbeziehung von E-Zigaretten und anderen neuartigen Produkte in die Konsumverbote.

Quelle: dkfz.de, aerzteblatt.de, aerzteblatt.de, proplanta.de, zdf.de, mdr.de, zeit.de, pharmazeitische-zeitung.de, stern.de, apotheken-umschau.de, tagesspiegel.de, welt.de, noz.de

Datum: 02.12.2024, 01.12.2024

Meldung: Die Bundesärztekammer fordert von der nächsten Bundesregierung, die Steuern auf Tabak und andere Nikotin-Produkte zu erhöhen. Die Einnahmen sollen dem Gesundheitswesen zugeführt werden. Zudem sollten Einweg-E-Zigaretten und Aromastoffe in E-Zigaretten verboten werden. Die Kammer will zudem ein Verbot von Werbung für gesundheitsschädigende Produkte, die sich direkt an Kinder und Jugendliche richten.

Die AOK veröffentlicht einen weiteren Artikel zum Thema E-Zigarette. Sie gibt dabei vornehmlich eine Untersuchung im Zuge der DEBRA-Umfrage wieder (Report 242). Sie gibt dabei die Forderung der Autoren nach einem Aromenverbot wieder und wirkt somit als Verstärker.

Quelle: [bundesaerztekammer.de](https://www.bundesaerztekammer.de), [aerztezeitung.de](https://www.aerztezeitung.de), [zeit.de](https://www.zeit.de), [merkur.de](https://www.merkur.de), [deutschlandfunk.de](https://www.deutschlandfunk.de), [aok.de](https://www.aok.de)

Datum: 02.12.2024

Meldung: Die WHO hat eine neue Sammlung von Datenblättern zum Tabak-Konsum in Europa herausgegeben. Die Sammlung umfasst auch Übersichten zu E-Zigarettenkonsum und -regulierung. Die Daten spiegeln jedoch nur den Stand von 2022 wieder. Die Maßnahmen in vielen europäischen Ländern seien nicht effektiv genug, um die Menschen vor dem Tabak-Konsum zu schützen, so Dr. Gauden Galea (Strategischer Berater des WHO-Regionaldirektors). Die WHO sieht weiterhin Handlungsbedarf und fordert u.a. höhere Steuern. Sie mahnt den unterschiedlichen Regulierungsstand in den europäischen Ländern an.

Quelle: [who.int](https://www.who.int), [who.int](https://www.who.int)

Termine

Chronologische Reihenfolge. Politisch relevante Termine werden **rot** markiert.

Datum	Thema	Akteur	Ort	Link
ab 01.01.2024	Anhebung der Steuer auf Substitute für Tabakwaren auf 0,20 €/ml			
16.-20.12.2024	Sitzungswoche	Bundestag	Berlin	bundestag.de
16.12.2024	mögl. Vertrauensfrage	Bundestag	Berlin	-
20.12.2024	Plenarsitzung	Bundesrat	Berlin	bundesrat.de
ab 01.01.2025	Anhebung der Steuer auf Substitute für Tabakwaren auf 0,26 €/ml			
01.01.2025	Start polnische Ratspräsidentschaft	EU	EU	-
11.01.2025	SPD-Parteitag (geplant)	SPD	k.A.	-
03.02.2025	CDU-Parteitag	CDU	Berlin	-
23.02.2025	Bundestagswahl	Bundesrepublik Deutschland	deutschlandweit	bundeswahlleiterin.de
25.02.2025	4. Deutscher Verpackungsrechtstag	R&W Fachkonferenzen	Frankfurt a.M.	ruw-fachkonferenzen.de
02.03.2025	Bürgerschaftswahl Hamburg	Freie und Hansestadt Hamburg	Hamburg	hamburg.de
26.03.2025	7. Konferenz Tobacco Harm Reduction	ISFF (Prof. Heino Stöver)	Frankfurt a.M.	frankfurt-university.de
18.-20.06.2025	Weltkrebskongress	bitcongress	Stockholm	bitcongress.com
19.-21.06.2025	Global Forum ob Nicotine	GfN	Warschau	gfn.events
01.01.2025	Start dänische Ratspräsidentschaft	EU	EU	-
18.-20.09.2025	InterTabac	Messe Dortmund	Dortmund	intertabac.de
vsl. 22.-24.09.2025	Deutscher Suchtkongress	DG Sucht	Berlin	dg-sucht.de

Bilder: Stock-Fotografie-ID 511810498,

Hinweis: Links werden i.d.R. als Hyperlinks oder Kurzlinks wiedergegeben.

Voraussichtlicher Fahrplan zur vorgezogenen Bundestagswahl 2025	
11.12.2024	Einreichung des Antrags zur Vertrauensfrage durch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD)
16.12.2024	Abstimmung im Bundestag
Ab dem 16.12.2024	Verliert der Bundeskanzler die Vertrauensfrage, kann er dem Bundespräsidenten vorschlagen, den Bundestag aufzulösen. Der Bundespräsident hat nach der Abstimmung bis zu 3 Wochen Zeit, um die Auflösung des Bundestags anzuordnen. Die Auflösung des Bundestags ist für den 27. Dezember anvisiert. Mit der Auflösung des Bundestages endet die Legislaturperiode und es kommt zu einer vorgezogenen Neuwahl. Sie muss innerhalb von 60 Tagen stattfinden.
23.02.2025	Voraussichtliche Bundestagswahl